

Weilburger Tageblatt.

(Anzeiger für Weilburg und Umgegend)

Stadtsblatt der Stadt Weilburg • In sämtlichen Bürgermeistereien des Oberlahntales gehalten

Bezugspreis: Erscheint an jedem Freitag und kostet abgeholt monatlich 26 Pf., bei unseren Ausdrückern monatlich 26 Pf., vierteljährlich durch die Post ohne Befehlgeb 2.85.

Verantwortlicher Schriftleiter: J. B. Albert Pfeiffer, Weilburg.
Druck und Verlag: G. Dipper, G. m. b. H., Weilburg.
Telephon Nr. 24.

Inserate: die einseitige Garmondzeile 20 Pf., haben bei der großen Verbreitung des Blattes nachweislich den besten Erfolg. Inseraten-Akademie: kleinere Anzeigen bis 8 Uhr morgens, größere tagsüber.

Nr. 287.

Montag, den 9. Dezember 1918.

57. Jahrgang.

Die Bewegung im Reich.

Frankfurt, 5. Dezbr. Der Kommandierende General des aktiven 18. A.-R. v. Ebel gibt folgendes bekannt: Das stellvertretende Generalkommando 18. A.-R. wird mit dem 9. 12. 18 aufgelöst. An seine Stelle tritt mit diesem Tage wieder das aktive Generalkommando 18. A.-R. in Naheim. Von da ab sind sämtliche Eingaben betreffend militärische Angelegenheiten nicht mehr an das stellv. Generalkommando 18. A.-R. sondern an Generalkommando 18. A.-R. in Naheim zu richten. In den Räumen des bisherigen stellv. Generalkommandos (Frankfurt a. M., Taunus-Anlage 9) wird ein Zivil-Departement für den Bereich des 18. A.-R. errichtet.

Köln, 6. Dez. Gegen den Zentrumsbeschluss auf Schaffung einer rheinisch-westfälischen Republik wenden sich heute zwei sehr große Versammlungen des Kölner Arbeiterrates mit folgender Einschließung: Die vom Kölner Arbeiterrat einberufenen Versammlungen im Städtischen Rathaus und im Hotel „Kaiserhof“ gegen den Plan einer rheinisch-westfälischen Republik. In diesem Bestreben, unter dem Schutz der Okkupationsmächte die westdeutschen Provinzen in die Gefahr der Auflösung vom Deutschen Reich zu bringen, ganz gleich, in welcher Form es geschieht, erblicken die Versammlungen einen Verrat an der deutschen Volkseinheit. Die Versammelten sind der Ansicht, daß großkapitalistische Kreise einen selbständigen rheinisch-westfälischen Staat nur erstreben, um sich vor der drohenden Sozialisierung der Produktionsmittel zu schützen. Die Kapitalisten, feudalen Kreise verfolgen kirchenpolitische Interessen und fallen dem deutschen Volk in der schwersten Not in den Rücken. Die Versammelten erklären, daß nur der großdeutsche, demokratische, sozialistische Einheitsstaat auf der Grundlage des deutschen Sprachgebietes einschließlich Deutsch-Ostpreußen Gewähr dafür bietet, daß das deutsche Volk in seiner kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung zur höchsten Stufe emporgehoben wird. Jeder Separatismus und Partikularismus wird mit Entschiedenheit abgelehnt. Die Versammelten geloben, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln, die völkerverfeindlichen Auflösungsbestrebungen zu bekämpfen.

Köln, 6. Dez. „Der Republikan statt 28 Bundesstaaten“ trägt das rheinische Zentrumsblatt, die „Rhein. Volksztg.“ an, indem es ausführt: Eine natürliche und gesunde Entwicklung drängt daraufhin, daß sich aus dem bisherigen StaatenGewimmel vier große, leistungsfähige Republiken bilden und sich als künftiges Deutschland zusammenschließen. Im einzelnen könnten diese vier Republiken wie folgt sich gestalten: 1. Rheinisch-westfälische Republik: Rheinprovinz, Westfalen, Hessen-Nassau, Groß-

herzogtum Hessen, Baden, Rheinpfalz. 2. Donauländer-Republik: Württemberg, Bayern, Deutsch-Ostpreußen (Arol bis Bozen, Salzburg, Kärnten, Steiermark, Ober- und Niederösterreich). 3. Nordostsee-Republik: Oldenburg, Hannover, Hansestädte, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Pommern, Westpreußen, Ostpreußen. 4. Mitteldeutsche Republik: Alle übrigen mitteldeutschen Bundesstaaten, Königreich Sachsen, Provinz Sachsen, Brandenburg, Schleien und Posen.

Köln, 5. Dezbr. Heute nachmittag wurde der linksrheinische Stadteil von Oberkassel durch belgische Kavallerie besetzt. In Oberkassel rückte vormittags ein belgisches Kommando von etwa fünfzig Mann ein, um Quartier zu machen für etwa 500 Mann, die nachmittags ankommen sollen. Damit erreichte der Feind nun auch den Wilmshagen-Clabacher Industriebezirk.

Düsseldorf, 5. Dezbr. Nachmittags rückten zwei belgische Kavallerie-Abteilungen in Stärke von 200 Mann in den linksrheinischen Stadteil von Düsseldorf ein. Jeder Verkehr zwischen den beiden Rheinufern ist verboten. Auch die Abbringung von Lebensmitteln und Milch aus dem besetzten Gebiet in den rechtsrheinischen Stadteil ist verboten. Alle Lokale müssen um 7 Uhr schließen. Versammlungen sind verboten. Belgische Kavallerie rückt nach Aachen weiter und wird durch Infanterie abgelöst.

Kaiserslautern, 5. Dezbr. Heute vormittags trafen auf dem hiesigen Bürgermeisterei mehrere französische Offiziere, darunter 2 Generale, ein. Seit dem frühen Morgen rücken französische Besatzungstruppen, Kavallerie, Artillerie und Infanterie in die Stadt ein, unter denen sich auch farbige Mannschaften befinden. Bis jetzt sind etwa 2000 Mann eingetrudelt, die zum Teil in Kasernen, zum Teil in Bürgerquartieren der Stadt und der Umgebung untergebracht werden sollen. Der größte Teil dieser Truppen wird morgen früh den Marsch fortsetzen.

Ludwigshafen, 5. Dezbr. Eine internationale Kommission, bestehend aus vier französischen, einem englischen und einem amerikanischen Offizier, ist heute mittags, mit Sonderzug von Trier kommend, hier eingetroffen und hat sich sofort in das Eisenbahndirektionsgebäude begeben, um mit den maßgebenden Stellen über einige technische Fragen zu verhandeln.

Speyer, 5. Dezbr. Nachdem bereits heute vormittags 9 Uhr ein Vorposten von etwa 100 Mann eingedrungen war, rückten um 12 Uhr weitere Besatzungstruppen, und zwar das 51. Infanterie-Regiment und die 3. Senzkompanie, zusammen etwa 1500 Mann, ein. Sie gegen mit klingendem Spiel durch die Stadt. Vor dem Präsidialgebäude nahm der Divisionsgeneral die Parade ab, worauf die Truppen unter Musik zur Kasernen marschierten, wo sie einquartiert wurden.

Trier, 6. Dez. Schweizer Blätter wissen zu berichten: Nach dem Einzug der Amerikaner in Trier versuchte das revolutionäre Komitee, mit den Amerikanern in Verbindung zu treten, aber General Brown, der Kommandant von Trier, verweigerte den Revolutionären den Empfang.

Köln, 5. Dez. In einer hiesigen politischen Versammlung erklärte der badische Minister des Innern Dr. Ludwig Haas, der bisherige freisinnige Reichstagsabgeordnete für Karlsruhe, als er auf die Person des derzeitigen bayrischen Ministerpräsidenten zu sprechen kam, es bestehe nur ein Wunsch in Süddeutschland, daß Eisner bald vom Schauplatz seiner Tätigkeit verschwinde. Sollte wieder eine Diktatur von Berlin kommen, dann mache Süddeutschland nicht mehr mit. Die Berliner nebst Anhang würden sich ihre Schüssel schon an den Süddeutschen einrennen.

Berlin, 5. Dezbr. Der Rat der Volksbeauftragten hat am 5. Dezember eine Verordnung beschlossen, die entsprechend der Erklärung vom 19. November eine weitgehende Amnestie vorsieht. Diese Verordnung schlägt alle Verfahren vor bürgerlichen Behörden wegen solcher Straftaten nieder, die nur mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafen belegt werden. Darüber hinaus werden solche Personen besonders berücksichtigt, die aus Not, aus Unvorsichtigkeit oder infolge von Verführung gehandelt haben. Dies kommt vor allem Frauen und anderen Angehörigen von Kriegsteilnehmern zu Gute, die dies im Haus oder Beruf vertrieben und hierbei Straftaten begangen haben. Bereits erkannte Strafen werden allgemein erlassen, soweit sie ein Jahr Gefängnis oder ein Jahr Festungshaft oder 3000 Mark Geldstrafe nicht übersteigen. Bei schweren Strafen wird Straferlaß unter der Bedingung gewährt, daß der Verurteilte sich drei Jahre straffrei führt. Dieser bedingte Straferlaß greift ohne weiteres Platz, wenn nur noch eine Strafe von höchstens einem Jahr zu verbüßen ist. Ist noch mehr zu verbüßen, so tritt der bedingte Straferlaß nur dann ein, wenn die Erwartung gerechtfertigt ist, daß der Verurteilte die Freiheit nicht zu einer neuen Straftat mißbrauchen wird. Kriegswucherer werden von der Straffreiheit ausgeschlossen. Verfehlungen leichterer Art gegen die alte oder die neue Preisfestsetzungsordnung und gegen die Höchstpreisbestimmung sind unter gewissen Einschränkungen in den Straferlaß einbezogen. Diese Verordnung gilt für das Reich. Günstigere Bestimmungen einzelstaatlicher Amnestien bleiben jedoch in Kraft. Eine umfassende Amnestie in militärischen Angelegenheiten steht unmittelbar bevor.

Berlin, 7. Dezbr. (Z. 11) Der Donnerstag brachte in das Straßenbild Berlins ein neues Gepräge. Geschlossene Truppenkörper durchzogen die Hauptstraßen der Stadt, um gegen die augenblicklich von der Sportatus-

Zimmern die Petroleumlampen und die dicken Wachskerzen an, die in uralten silbernen Girandolen in den Ecken standen, und eine Blüt von gedämpftem Licht ergoß sich durch die altertümlichen Räume.

Doktor Norbert ließ die Blinde umherwandern. „War denn der Gaststafel offen, als Sie weggingen?“ fragte er. „Und dort, das Gut, in dem die blaue Schlange sich befindet?“

Christa Hertton sah ihn verwirrt an. „Nein,“ — entgegnete sie, erst jetzt ganz begreifend, — „dieser Bloschrank ist immer versperrt. Er birgt die geliebtesten Schätze und Erinnerungen der Großmutter, zu denen auch die blaue Schlange gehört. Aber kommen Sie, kommen Sie weiter!“

Sie trug jetzt eine kleine Lampe in der Hand, die sie hoch hielt. Ihre Jade und den breitrandigen Hut hatte sie auf einen Stuhl geworfen, die Handschuhe gleichfalls. Nun schritt sie vor Norbert her im einfachen, dunklen Kleid, das ihre hohe, schlante Gestalt besonders schön hervortreten ließ. Mit dem Wohlgefallen eines gutgeschulten Kunstverständigen glitt sein Blick über das Ebenmaß ihrer Figur, und zu seiner eigenen Beschämung mußte er sich gestehen, daß er weit mehr an die Enkelin dachte, als an die Großmutter.

„Großmutter ist seit Jahren nicht ausgegangen,“ — sagte Christa, während sie die kleine, aber blühblanke Küche durchschritt — „sie geht nicht einmal im Sommer in den Garten.“

Sie schloß noch die winzige Speisekammer auf, blickte auch hier in jede dunkle Ecke, in jeden Winkel und blieb schließlich, wie vollständig ratlos, vor ihrem Begleiter stehen.

„Sie ist nicht hier,“ — sagte sie — „und auch keine Spur von ihr. Wo, um Herrgotts willen, kann die alte Frau sein?“

Sie standen jetzt wieder im Vorzimmer, und das Mädchen stellte die Lampe hin, um nun auch die Tür des großen Garderobekabinetts zu öffnen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Glücksarmband.

Roman von Rentzsch.

(Nachdruck verboten.)

(11. Fortsetzung.)

Norbert hatte dem Vicht seiner kleinen elektrischen Taschenlampe bereits die Tür unterfucht.

„Wir bringen sie auf,“ sagte er. „Kommen Sie! Schnell! Sie stemmen sich gegen den einen Flügel mit all Ihrer Kraft, so daß ein schmaler Spalt in der Mitte entsteht. So! Und ich werde trachten, hier mit diesem unter umhobenen Eisen — er ergriß ein in der Nähe herumliegendes verrostetes Gartenwerkzeug — „den Schieber unten hinaufzuziehen. Das ist ein uralter Trick,“ fügte er, ein wenig lächelnd, hinzu. „Mir hat's meine Wirtschafterin einmal gezeigt.“

Sie mühten sich mit vereinten Kräften, so daß sie atemlos wurden, und endlich rührte sich der Schieber unten, gleich darauf erweiterte sich der Spalt, die Tür war offen.

„Großmutter!“ rief das Mädchen mit vor Erregung zitternder Stimme in den unbeleuchteten Raum hinein, und wieder flammte Norberts elektrisches Lämpchen auf.

„Die alte Frau hört Sie nicht,“ sagte er beklommen. „Kommen Sie, wir werden sie suchen! Allein lasse ich Sie natürlich jetzt nicht hier. Sie werden einsehen, daß dies unmöglich wäre!“

„Ja,“ — entgegnete sie leise. „Ich bitte Sie sogar: Bleiben Sie da! Ich — ich fürchte mich so sehr!“

Ihr liebes Gesicht war ganz blaß, und aus den Augen sprach wirklich eine große Furcht. Als er sie aber ruhig, als müsse das so sein, bei der Hand faßte und sagte: „Bitte, führen Sie mich!“ da schritt sie rasch auf die mittlere der Türen zu.

„Hier!“

Damit drückte sie die Klinke nieder, und das Lämpchen warf sein scharfes Licht in den altertümlich möblierten Raum.

„Nichts!“

Doktor Norberts Stimme hallte sonderbar wider in dem großen Zimmer. Aber keine Antwort kam.

Er hielt die Lampe hoch: Nirgends eine Spur von einem lebenden Wesen.

„Weiter!“

Wieder hielt er Christa Hand; Christa fühlte, daß er sie schützen wollte, und sah ihn dankbar an.

„Da hinein!“

Sie schritten weiter. Durch einen altfränkischen Salon, durch ein kleines Wohnzimmer. Dann durch das Schlafzimmer der alten Frau.

„Hier ist Großmutter sonst immer,“ sagte Christa. „Dort ist ihr Fensterplatz.“

Aber der alte Sessel mit der blanken, halbrunden Lehne stand leer vor dem hochbeinigen Nähtischchen.

„Wir haben nur noch ein einziges Zimmer: das meine,“ sagte Christa, „doch da kommt Großmutter sonst gar nie hinein.“

Sie öffnete die Tür, und er blickte in ein Gemach, ganz anders als die anderen, durch die er eben geschritten war. Auch hier alte Möbel, aber alles mit einem echt künstlerischen Sinn zusammengestellt, so daß das Ganze einen unendlich freundlichen, anmutigen Eindruck machte. Einer der Glasschränke stand weit offen, und darinnen sah man in einem Etui, dessen Deckel aufgesprungen war, schillernd und glänzend die „blaue Schlange“ liegen.

Die alte Frau aber war auch hier nicht.

Christa legte die Hand an die Stirn.

„Ich begreife es nicht,“ — sagte sie — „absolut nicht. Die Wohnungstür war doch von innen zugesperrt, und der Schlüssel steckte. Einen zweiten besitzen wir nicht, folglich muß Großmutter doch in der Wohnung sein!“

„Oder sie hat diese verlassen, hat den Schlüssel stecken lassen, und jemand anders hat sich hier eingeschlichen und abgesperrt.“

„Dieser Jemand ist aber, wie es scheint, nicht hier. Und auch er müßte doch irgendwo hinausgegangen sein.“

Sie hatte nicht mehr die Ruhe zu gesammeltem Nachdenken. Mit fliegenden Händen zündete sie in allen

Gruppe immer bedrohlicher entfaltete Agitation gegen die Regierung der Volksbeauftragten energisch zu demonstrieren. Insbesondere hat der Mund der altweisen Unteroffiziere sich zusammengeschlossen, um die Regierung zu schlingen und etwaige Putsch, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu verhindern. Der Bund trat am Donnerstag mittags im Zirkus Busch zusammen und zog dann geschlossen vor das Reichskanzlerpalais, wo der Volksbeauftragte Ebert eine Ansprache hielt.

Berlin, 7. Dezbr. Gestern abend nach 9.30 Uhr zogen Matrosen und Soldaten mit Gewehren in mehreren Kolonnen vor die Reichskanzlei. Ihr Führer Spiro sagte in einer Ansprache an die Truppen: Deutschland steht vor einer Katastrophe. Wir verlangen, daß die Nationalversammlung für den 20. Dezember einberufen werden soll. Der Volksgesundheitsrat darf die Regierung nicht länger unter Druck setzen. So bringe ich denn das Hoch auf die deutsche Republik aus und auf ihren Präsidenten, den Genossen Ebert. Darauf nahm Ebert das Wort und sagte u. a.: Ein einheitlicher Wille muß die Geschichte des ganzen Reiches leiten. Die Führung der Geschäfte muß fest in den Händen der Reichsleitung liegen. Vergeßt nicht, daß eure heimkehrenden Kameraden mitwählen wollen. Geduldet Euch bis zur Tagung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember, die sich über den frühesten Termin der Nationalversammlung schlüssig werden soll. Ebert schloß mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie. Alsdann sagte ein Matrose aus Kiel: „Ich habe an Ebert die klare Frage zu richten, ob er unsern Ruf zum Präsidenten der deutschen Republik folgt oder nicht.“ Mit fester Stimme antwortete Ebert: „Ich werde nicht annehmen, ohne mit der Regierung gesprochen zu haben.“ Dann marschierten die Matrosen und Soldaten in geschlossenem Zuge ab.

Berlin, 7. Dez. Über Zusammenstöße im Norden Berlins wird folgendes mitgeteilt: Kriegsschädigte, Umlauber und Arbeitslose, vielleicht auch einige Frontsoldaten, hatten sich zu einer Kundgebung versammelt und wählten einen Soldatenrat wählten. Nachdem sechs Redner gesprochen hatten, zogen die Teilnehmer im Zuge ab. Unterwegs trafen ihnen Garde-Püschler entgegen und riefen ihnen zu: „Auseinandergehen!“ Als sich die Demonstranten weigerten und ihre Kameraden darauf aufmerksam machten, daß sie völlig unbewaffnet seien, fielen plötzlich einige Schüsse, die das Signal zu einer allgemeinen Schießerei waren. Bisher sind 16 Tote und 15 Verwundete, darunter 12 Schwerverwundete, festgestellt worden. Der ganze Vorgang ist auf den Befehl des Generalkommandos der Garde-Truppen zurückzuführen. Das Generalkommando hatte an die Püschler-Kasernen den Befehl gegeben: Mannschaften alarmbereit auf die Straßen gehen und Demonstranten zerstreuen.

Berlin, 7. Dezbr. (T. U.) Nachrichten aus Holland zufolge wird die englische Regierung bei den Friedensverhandlungen fordern, daß Deutschland seine Flotte mehrere Jahre lang in den Verbundländern interniert lassen muß. England vertritt diese Forderung um zu verhindern, daß Deutschland als militärische Macht nochmals Bedeutung erlangen könne.

Berlin, 5. Dezbr. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: Der weitere Vorstand der deutsch-konservativen Partei nahm gestern einstimmig folgende Entschließung an. Der weitere Vorstand des Hauptvereins der deutsch-konservativen Partei steht der in Bildung begriffenen deutschen nationalen Volkspartei freundlich gegenüber und hält sie für die geeignete Grundlage, um alle auf dem Boden von Recht und Ordnung stehenden deutschen Männer und Frauen zu vereinigen. Der Vorstand fordert die konservativen Organisationen und Parteimitglieder auf, sich der neuen Partei anzuschließen.

Zugleich veröffentlicht der Vorstand der deutsch-konservativen Partei einen Aufruf, worin es heißt: Die konservative Partei ist entschlossen, an der neuen Staatsform mitzuwirken und wird alle Kraft darauf verwenden, daß dem Reiche so bald wie möglich ein geordnetes Staatswesen gegeben werden möge, getragen von der Mehrheit der Bürger, geleitet von der Hand einer starken, zielbewußten Regierung, die unser Volk aus dem schweren Druck dieser Zeiten einem Aufschwunge zuführt. — Im vertrauensvollen Zusammenwirken mit anderen Parteien, im Rahmen einer parlamentarischen Regierungsform hofft sie, dieses Ziel erreichen zu können.

Schließlich wird eine Reihe von Programmpunkten festgelegt, wie: ein starkes deutsches Volkstum, Schutz von Privateigentum, Erhaltung des Christentums.

Hohenfalsa (Bezirk Bromberg), 5. Dezbr. (M. B.) Gestern wurde von der Preisprüfungsstelle Bromberg angeordnet, daß die Warenbestände des Kaufmanns Pomorski zum Ausverkauf gelangen sollten. Dabei sollen besser situierte Käufer bevorzugt werden sein. Des Publikums bewachte sich darüber eine große Erregung; es versuchte das Geschäft zu plündern. Darauf zogen meist von auswärts stammende Soldaten auch nach anderen Geschäften und plünderten sie. Sie drangen auch in das städtische Schlachthaus, wo Fleisch gekühlt wurde. Erst spät abends gelang es, die Ruhe wiederherzustellen.

Hohenfalsa, 6. Dezbr. (M. B.) Die Plünderungen, die gestern hier vereinzelt vorgenommen wurden, fanden heute ihre Fortsetzung. Von den Beteiligten wurden bereits vier Zivilpersonen polnischer Nationalität erschossen. Infolgedessen nahmen polnische Soldaten gegen den Soldatenrat Partei, so daß sich in den Nachmittagsstunden Straßenkämpfe entwickelten, bei denen auch Handgranaten und Maschinengewehre eine Rolle spielten. Sämtliche Geschäfte in den Hauptstraßen und am Markte wurden nachmittags geschlossen. Niemand durfte die Straße passieren. Gegen Abend wurde der Verkehr wieder freigegeben.

Basel, 7. Dezbr. (T. U.) Der „Observateur Romano“ veröffentlicht ein Rundschreiben, in dem der

Papst seine Freude über die endliche Beendigung des Untertugendens und des Zerfalls anspricht. Der Papst hofft, daß der Kongress der Nationen einen gerechten und dauernden Frieden hervorbringen werde. Gleichzeitig ordnete der Papst für die ihm unterstellte kirchliche Gemeinschaft Gebete an, daß der kommende Friede sich auf wahrhaft christlichen Grundsätzen aufbauen möge.

Die schwarzen Besatzungstruppen.

Die Absperrung Elsaß-Lothringens.

Berlin, 5. Dez. (M. B.) Durch Vermittlung der schweizerischen Regierung sind den Vertretungen der Entente in Bern folgende Proteste zugegangen: Nach der deutschen Regierung vorliegenden Nachrichten sind vor einigen Tagen farbige französische Truppen in die Pfalz einmarschiert, dann aber wieder zurückgezogen worden, da sie vor dem im Waffenstillstandsvertrag festgesetzten Termin eingetroffen waren. Es sollen aber auch jetzt noch an der Südgrenze der Pfalz zum Einmarsch bereit farbige Truppen stehen. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa erhielt auf ihre Anfrage, ob die Besetzung deutschen Gebiets durch farbige Truppen geplant sei, die Antwort bis jetzt nicht. — Schon in den ersten Tagen ihres Aufenthaltes in der Pfalz ließen sich die schwarzen französischen Truppen Plünderverbrechen und andere Ausschreitungen zuschulden kommen. Die deutsche Regierung muß sich auf das schärfste dagegen verwahren, daß der Bevölkerung des von der Entente zu besetzenden deutschen Gebiets farbige Besatzung zugemutet werde. Sie hat das Recht, zu fordern, daß die Bedingungen des Waffenstillstandes, welcher nach der ihr fernerhin erteilten Versicherung einen Frieden des Rechts herbeiführen und einen Bund der Völker eingeleiten soll, in dem Geiste gehandhabt werden, der diesem hohen Ziele und dem allgemeinen Empfindungen der Menschheit entspricht. Die Verletzung des internationalen deutschen Gebiets erfolgt nicht im Wege kriegerischer Eroberung, sondern friedlich, aufgrund eines abgeschlossenen Vertrages. Die Überführung farbiger Truppen auf deutsches Gebiet ist ein Hohn auf das Gefühl der Gemeinschaft der weißen Rasse, ein Gefühl, das auch den Gegner binden sollte, zumal da sie nach ihren Erklärungen nach der Beendigung des Krieges in einem Völkerbund zusammenzutreten gewillt sind. — Maréchal Joffre hat der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa telegraphisch angezeigt, daß die Grenzen Elsaß-Lothringens gegen Baden, die Pfalz und Luxemburg bis auf weiteres, voraussichtlich für etwa 10 Tage gesperrt würden. Dabei wird das Gebiet von Saarbrücken und Saarbrücken in die elsaß-lothringische Grenze einbezogen. Es bedarf keines Beweises dafür, daß eine solche Maßnahme die Wirtschaft und den Verkehr der davon benachteiligten eng verbundenen Gebiete auf das schwerste schädigen muß. Den deutschen Delegierten ist vor der Unterzeichnung des Waffenstillstandes bestimmt erklärt worden, daß der Wortlaut des Vertrags streng eingehalten und über seinen Inhalt in keinem Punkte hinausgegangen werden solle; insbesondere bedinge der Artikel keine Änderung in der bestehenden Verwaltungsorganisation. Der Waffenstillstandsvertrag enthält kein Wort, das die französische Heeresleitung ermächtigen könnte, die besetzten deutschen Gebiete gegeneinander abzusperren, oder gar, wie dies durch die Einbeziehung von Saarbrücken und Saarbrücken in das abgesperrte elsaß-lothringische Gebiet geschehen ist, ihre Grenzen willkürlich zu verändern. Unter diesen Umständen steht sich die deutsche Heeresleitung gezwungen, gegen die Anordnung des Maréchals Joffre scharfste Wahrung einzulegen.

Die angeblichen Wünsche der Entente.

Saag, 5. Dez. Nach einer Meldung von Hollands Rietmusbureau aus London sind auf einer Konferenz der Alliierten über folgende Neben Punkte Entscheidungen getroffen worden:

1. Verlängerung des Waffenstillstandes;
2. Auslieferung des Kaisers;
3. Entschädigung durch Deutschland;
4. französische und italienische lokale Interessen;
5. Bildung von neuen Staaten mit Bezug auf die polnischen, süddeutschen, serbischen, griechischen, rumänischen, und ischeho-slawischen Wünsche;
6. Nahrungsmittel- und Schiffsverkehr, Reorganisation und Verteilung der Kohlen;
7. allgemeine Friedenskonferenz.

Keine Internierung der Armee Madensen.

Berlin, 6. Dezbr. (M. B.) Die deutsche Waffenstillstandskommission hat durchgesetzt, daß von der Internierung der Heeresgruppe Madensen endgültig Abstand genommen wird. Die Völkführung der Truppen in die Heimat wird mit der Bahn und zu Fuß fortgesetzt. Eine größere Anzahl von Formationen hat die deutsche Grenze bereits überschritten.

Abchiedsbesuch des deutschen Kronprinzen.

Unter dem 11. Novbr. hat der bisherige Kronprinz sich mit folgenden Erlaß von seiner Heeresgruppe verabschiedet:

An meine Armeen! Nachdem E. M. der Kaiser den Oberbefehl niedergelegt hat, bin auch ich durch die Verhältnisse gezwungen, nun, da die Waffen ruhen, von der Führung meiner Heeresgruppe zurückzutreten. Wie immer bisher, so kann auch heute ich meinen tapferen Armeen jedem einzelnen Mann nur aus tiefstem Herzen danken für ihren Heldentum, für die Opferbereitschaft und Entlohnung, mit der sie allen Gefahren ins Auge gesehen und alle Entbehrungen willig für das Vaterland ertragen haben, in guten und in bösen Tagen. Mit den Waffen ist die Heeresgruppe nicht besiegt. Hunger und bittere Not haben uns bezwungen. Stolz und hochherzigen Hauptes kann meine Heeresgruppe den mit dem besten deutschen Blut erkämpften Boden Frankreich verlassen. Ihr Schild, ihre Soldatenehre ist bedenlos und rein. Ein jeder werde, daß sie es bleibe, hier und später in der Heimat! Wie lange schwere Jahre (durfte ich mit

meinen Armeen sein in Sieg und Not, vier lange Jahre gehörte ich mit ganzem vollem Herzen meinen treuen Truppen. Tief erschüttert scheide ich heute von ihnen und neige mich vor der gewaltigen Größe ihrer Taten, die die Geschichte einst in flammenden Worten den späteren Geschlechtern künden wird. Nun steht zu euren Führern treu wie bisher, bis ihr Befehl Euch freigebe für Weis und Kind, für Heimat und Heil! Gott mit Euch und unserem deutschen Vaterlande!

Der Oberbefehlshaber, geg. Wilhelm, Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen.

Kronprinzen des Kronprinzen.

Amsterdam, 6. Dez. (M. B.) Nach einer Neutermeldung aus New York hatte der hiesige Korrespondent der „Associated Press“ am Montag eine Unterredung mit dem früheren deutschen Kronprinzen auf der Insel Wieringen, in der der Kronprinz u. a. sagte, er habe auf nichts verzichtet und kein Dokument unterzeichnet; aber wenn die deutsche Regierung eine Republik nach amerikanischem oder französischem Muster beschließen wolle, so würde er sich mit der Stellung eines einfachen deutschen Bürgers vollständig zufrieden geben und bereit sein, im Interesse des Landes alles zu tun. — Auf die Frage, was er für den Wendepunkt im Kriege betrachte, sagte der Kronprinz, seine Überzeugung sei, daß Deutschland den Krieg Anfang Oktober 1914 verloren habe. Er habe die Lage Deutschlands nach der Schlacht an der Marne, die Deutschland nicht verloren haben würde, wenn die Generalstabschef nicht nervös gewesen wären, für hoffnungslos gehalten. Er habe damals versucht, den Generalstab dazu zu bringen, Friedensverträge zu machen, selbst auf Kosten großer Opfer, wobei er selbst soweit habe gehen wollen, Elsaß-Lothringen aufzugeben. Er habe aber zur Antwort erhalten, daß er sich mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigen und sich auf den Befehl über seine eigene Armee beschränken solle. — Über den Beginn des Krieges sagte der Kronprinz: Gegenüber allen bisher im Ausland veröffentlichten Berichten erklärte er, daß er den Krieg niemals gewünscht habe. Von Anfang an sei er sicher gewesen, daß England an dem Kampf teilnehmen werde. Aber seine Ansicht sei vom Prinzen Heinrich und den anderen Mitgliedern der Familie Hohenzollern nicht geteilt worden. — Der Kronprinz sprach mit Erbitterung über die Arbeit des Generalstabs, der, wie er sagte, für eine Anzahl von Jocktämern verantwortlich sei, darunter für die große Märsch-offensive dieses Jahres, an der im Widerspruch zu seiner eigenen Überzeugung er habe teilnehmen müssen. Er erklärte ferner, daß Ludendorff die Haupttriebsfeder der deutschen Kriegspolitik gewesen sei, während Hindenburg nur dem Namen nach der Leiter gewesen sei. Ludendorff und sein Stab habe die feindliche Truppenmacht fortwährend unterschätzt. Sie hätten nie geglaubt, daß Amerika so viele Soldaten senden würde, wie es tatsächlich zum Schluss erklärte der Kronprinz, daß er Wilson bewundere, der — dessen sei er sicher — dem deutschen Volke einen gerechten Frieden bringen wird.

Die Ermordung der Romanows.

Saag, 5. Dez. Weiter meldet aus Charkin: Der Bericht, daß die Bolschewiki in Alapajeff die Großfürsten Sergius, Nicolai Nikolajewitsch, die Großfürstin Elisabeth Fedorowna, sowie die Prinzen Johannes, Konstantin, Nicol und Paul ermordet haben, wird bestätigt. Die einzelnen Personen wurden gezwungen, in einen Bergwerkschacht zu springen, wo ihre Leichen jetzt gefunden wurden. Die russischen Blätter melden weiter, daß die Zarin und ihre 5 Kinder, deren Leichen noch nicht gefunden worden sind, von der gleichen Bande ermordet worden sind. Die Namen der Mörder, die nach Perm abgereist sind, sind bekannt.

Der Stand der Ernährung.

Berlin, 6. Dezbr. Eine sehr ernste Schilderung unserer Ernährungsfrage entwirft eine Note, die laut „Völkischer Zeitung“ das Reichsministerium auf das „Auswärtige Amt“ gerichtet hat und in der es heißt: Das Rückgrat unserer ganzen Ernährungswirtschaft bildete bisher die Versorgung mit Brotgetreide und Kartoffeln. Infolge der Grippe, der Unruhen und der Arbeitslosigkeit der Kriegesgefangenen usw. ist ein erheblicher Teil unserer Kartoffelernte in der Erde geblieben und durch den frühen Frost vernichtet worden. Hinzu kommt die ungeheure Transportkrise, die ebenfalls dazu beigetragen hat, daß unsere Kartoffelvorräte nicht ordnungsmäßig haben eingewintert werden können. Die Folge davon ist, daß die Hauptwohnbezirke nur noch für wenige Wochen mit Vorräten versorgt sind und nennenswerte Zufuhren nicht mehr erwarten können. Ein Durchhalten der vorgesehenen Kartoffelration erscheint daher schon heute als vollkommen ausgeschlossen, und höchstens die Hälfte der Ration wird allgemein ausgekehrt werden können. Die Getreideversorgung war nach der verfallenen Inanspruchnahme der diesjährigen einheimischen Ernte in erheblichem Maße auf Zufuhren aus dem Osten eingestrichelt. Infolge des Fortfalls dieser Zufuhren hat sich die Lage der Reichsgetreidebestände derart ungünstig gestaltet, daß ihre Lagerbestände nur noch bis zum 7. Februar 1919 reichen, und auch dann nur, wenn die täglichen Zufuhren in gleicher Höhe wie im Vorjahr erfolgen. Dies erscheint aber nach Lage der Transportverhältnisse völlig ausgeschlossen. Nach dem 7. Februar würde sich also gänzlich nur eine Tagesration von 80 Gramm Wehl, d. h. ein Drittel der gegenwärtigen Ration verteilen lassen. Diese Lage befreit sich auch dann nicht wesentlich, wenn die seit dem 1. Dezember angeforderte Erhöhung der Brotration wieder rückgängig gemacht wird, was aus technischen Gründen kaum vor dem 1. Januar möglich sein würde. Hierbei ist zu bemerken, daß die Erhöhung der Brotration seinerzeit ausschließlich aus politischen Gründen erfolgt ist. Sehr trübe steht es auch um die Ausfuhr unserer Fett- und Fleischversorgung aus, da bekanntlich das Durchhalten der Fettwirtschaft auf die Zufuhren der in Rußland

angekauften Olsaaten eingestellt war. Diese Vorräte sind naturgemäß nicht mehr abtransportiert worden. Die einheimische Volkswirtschaft gestattete deshalb nach dem völligen Zusammenbruch der Volkswirtschaft nur noch einen Wirtschaftsplas bis zum 1. April. Bis zu diesem Tage reist aus der nötigen Aufbringung von Nahrungsmitteln, und aus der Margarineerzeugung nur noch ein Tageskopplquantum von 33 Gramm zur Verfügung. Die Fleischration, die für den größten Teil der versorgungsberechtigten Bevölkerung nur noch eine Wochenkopplmenge von 100 Gramm vorsieht, kann auch nur unter Zuhilfenahme ganz beträchtlicher Zufuhren aufrecht erhalten werden. Ohne solche Zufuhren ist jedenfalls mit einer starken Herabsetzung aller Lebensmittelrationen zu rechnen. Bis zum 1. April 1918, das bedeutet, daß heute schon nur noch ein Drittel des normalen Durchschnittsnährwertes darstellt, auf etwa die Hälfte des gegenwärtigen Nährwertes herabzusetzen würde. Diese Tatsache würde ein laugames, aber sicheres Verhungern bedeuten. Die Note schließt mit dem Hinweis, daß die Sterblichkeit in Deutschland in der Kriegszeit und insbesondere in den letzten Jahren in erschreckendem Maße zugenommen hat. Bereits im Jahre 1917 sind in Deutschland infolge des Hungerkrieges von je 1000 Lebenden gleichen Alters mehr als vor dem Kriege gestorben: im ersten Lebensjahr 9,7, im Alter von 2 bis 5 Jahren 19,6 und im Alter von 70 Jahren und darüber 33,4 Prozent. Noch beunruhigender gestaltete sich die Sterblichkeit an Tuberkulose. Sie ist bei je 10000 Einwohnern von 15,7 auf 31,7 gestiegen. Allein in den 380 deutschen Orten mit mehr als 15000 Einwohnern sind im Jahre 1918 43320 Personen mehr an Tuberkulose gestorben als im Jahre 1913. Noch eindringlicher prägt sich die Erhöhung der Sterblichkeitsziffer in den Hauptwohnbereichen aus, und zwar ganz besonders in den Ziffern für die weibliche Bevölkerung. In Berlin ist die absolute monatliche Anzahl der weiblichen Todesfälle seit Oktober 1918 von 1097 auf 2126 gestiegen. Die Zahl der Todesfälle an Augenkrankheiten, also hauptsächlich an Schwindel, weist eine Erhöhung von 205 auf 3752 auf.

Ausland.

Luxemburg.

Bern, 6. Dezbr. Der von der luxemburgischen Regierung am 1. Dezember für die Beamten der Wilhelm-Luxemburg-Bahn eingeführte Achtstundentag ist auf Befehl des französischen Eisenbahnkommissars abgeschafft und durch den Zehnstundentag ersetzt worden. Unter den Einwohnern macht sich eine gewisse Unzufriedenheit geltend, da durch dieses Eingreifen die einstimmigen Beschlüsse der Abgeordnetenversammlung außer Kraft gesetzt werden. — Daß in Luxemburg die Befreiung mit Enten- und Gänsefleisch mit gewissen Einschränkungen verbunden ist, ergibt ein Zeitartikel des Luxemburger „Wort“, der nachzuweisen sucht, daß die Entente einräumt, daß, um den verletzten Rechtszustand wieder herzustellen. — Man verhält sich im Großherzogtum nicht, daß aus einer „vorübergehenden Okkupation“ leicht eine Zwangsannexion entstehen könne.

Ungarn.

Budapest, 4. Dez. Die Mehrzahl der südlawischen Seefahrer, über 300 an Zahl, verweigert die Ausfahrt unter italienischer Flagge. — Auf der Donau hier eingetroffene 70 Balken Schiffe aus dem Kaukasus, die für die Sammelstelle des Gütereinfuhrsyndikats Beipigs-Stötter bestimmt sind, wurden hier beschlagnahmt. Das preussische Kriegsministerium hat den ungarischen Nationalrat um Freigabe der Güter ersucht. Bisher ist keine Entscheidung erfolgt.

Kotales.

Weilburg 9. Dezember

Öffentliche Volksversammlung. Nachdem der Termin für die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 16. Februar festgesetzt ist, rufen sich die einzelnen Parteien zur Wahlagitatio, um Aufklärung im Publikum zu verbreiten. Am gestrigen Sonntag fand auf Einladung der christlich-demokratischen Partei (Centrum) und der deutschen Volkspartei (natl. Partei) eine öffentliche Volksversammlung im Saalkau statt, die von Frauen und Männern bis auf den letzten Platz besucht war. Herr Amtsgerichtsrat Dr. O. B. eröffnete mit kurzen Begrüßungsworten die Versammlung und erteilte Herrn Rentner Böck das Wort, der anstelle des leider verhinderten Herrn Prof. Dr. S. W. ein Referat über die Stellung seiner Partei erhaltete. Herr Böck dankte im Eingang seiner Ausführungen allen den Männern, die bis zum 9. November dem gemeinsamen Wohle des Staates gedient haben und die auch nachher auf ihrem Posten geblieben sind, um einen Zusammenbruch in diesem Chaos zu verhindern. Er gab dann das Programm seiner Partei bekannt, das im Grunde daselbe wie früher geblieben sei und nur einige kleinere Änderungen erfahren habe. Der Redner wandte sich gegen einige Anordnungen der gegenwärtigen Regierung, wie Abschaffung des Reichs- und Landtags und die Gefindordnung, will aber der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten sehen damit Ruhe und Ordnung aufrechterhalten bleiben. Zum Schluß forderte er schnellste Einberufung der Nationalversammlung und erwähnte die Versammlung auch bei den bevorstehenden Wahlen deutsch zu bleiben im Denken und Tun. — Als zweiter Redner sprach Herr Amtsgerichtsrat Dr. B. O. über die Ergebnisse der Revolution, die Nationalversammlung und die Zukunft Deutschlands. In eingehender Weise behandelte der Redner die Ergebnisse der Revolution in militärischer, politischer, moralischer und wirtschaftlicher Beziehung und zog den Schluß, daß die Revolution nichts von dem gebracht habe, was man von ihr gehofft habe; alle wollten befehlen und keiner

gehören. Dies müsse nach einiger Zeit zum völligen Zusammenbruch führen. Herr Dr. B. O. behauptete sich dann in längeren Ausführungen mit dem sozialistischen Parteiprogramm, wie es in Erfurt i. Jt. aufgestellt wurde und wie es heute noch zu Recht bestehe. Er wies mit harten Worten ein Bild von den Zuständen, die über unser Volk hereinbrechen werden, wenn die sozialistische Republik zur Einführung gelangen sollte. Er wies die Mittel und Wege, wie wir aus diesen unwürdigen Zuständen, die Deutschland mit Schimpf und Schande beladen haben, wieder herauskommen können und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir später wieder einmal einstimmen könnten in den Ruf: „O, Deutschland hoch in Ehren!“ Lauter Beifall lohnte den Redner für seine leichtsinnigen und interessanten Ausführungen. Herr Amtsgerichtsrat Dr. O. B. dankte dem Redner den Dank der Versammlung ab. — In der anschließenden Diskussion wandte sich Herr A. H. in gegen die Ausführungen des Herrn Dr. B. O., der kein gutes Haar an den Ergebnissen der Revolution gelassen habe, während doch durch sie das alte überlebte Staatssystem gestürzt worden sei. Nachdem er noch verschiedene Ausführungen des Herrn Dr. B. O. einer Kritik unterzogen hatte, empfahl er der Versammlung sich über die Ziele der einzelnen Parteien Aufschluß zu verschaffen und sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen, die Freiheit und Gerechtigkeit wolle. Zwischen Herrn Dr. B. O. und Herrn H. O. entstand noch ein kleiner Redestreit, indem sie ihre gegenseitigen Ansichten bekämpften. Erst in vorgerückter Stunde schloß Herr Dr. B. O. mit Dank an die Anwesenden die Versammlung.

(1) Am Dienstag, den 10. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Nord“ eine Mitglieder-Versammlung der „Deutschen Demokratischen Partei für den Oberlahnkreis“ statt. Auf der Tagesordnung steht als Referat: „Der Landes-Partei-Tag in Wiesbaden“, der am 7. Dezember in Wiesbaden stattgefunden hat. Auf demselben wurden außerordentlich wichtige Beschlüsse gefaßt, die insbesondere auch für die hiesige Ortsgruppe von großer Bedeutung sind. Ein sehr reger Besuch, auch der Frauen, ist zu erwarten.

Marmelade. Das städtische Lebensmittelamt teilt uns mit, daß voraussichtlich anfangs nächster Woche noch 250 Gramm Kunsthonig und Ende nächster Woche weitere 500 Gramm Marmelade pro Kopf der Bevölkerung zur Verteilung kommen. Erst gestern ist es gelungen, den Kunsthonig frei zu bekommen. Besonders schwierig aber war es, die Marmelade bei dem gegenwärtig vollständig stockenden Güterverkehr nach Weilburg zu bringen. Der Transport der Marmelade mußte durch Kraftwagen bewerkstelligt werden und ist Samstag eingetroffen. Wie in diesem Falle, tut das Lebensmittelamt stets sein Möglichstes, um die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln sicher zu stellen. Wenn trotzdem Störungen in der Belieferung eintreten und Verspätungen der zuständigen Stellen nicht eingeleitet werden, so trifft das städtische Lebensmittelamt kein Verschulden.

er. Wie mitgeteilt wird, werden goldene Denkmünzen, die der Reichsbank mit dem Rechte des Rückkaufes überlassen waren, dem Eigentümer schon wieder zur Verfügung gestellt.

Bermischtes.

Frankfurt, 7. Dezbr. Der Polizeipräsident gibt bekannt; Am Mittwoch, den 5. Dezember, früh 9 Uhr, wurde aus dem Main an dem Nabelwehr in Frankfurt-Niederrad eine männliche Leiche gefischt, die als die des früheren Postleiters, jetzt Kaufmann Georg Perrot, geboren am 6. Juli 1886 zu Ners-Henburg, zuletzt hier, Bahnhofstraße 20 wohnhaft, anerkannt ist. Der Oberkörper der Leiche, der nur einige Tage im Wasser gelegen haben kann, ruhte in einem Sad. Nach Lage der Sache liegt Mord vor. Der Tod muß herbeigeführt worden sein durch einen mit großer Wucht geführten Schnitt durch den Hals, der die große Hals- und Blutader durchtrennt hat. Als Werkzeug muß ein scharfer, nicht zu kleiner Gegenstand gedient haben, vielleicht ein größeres, sehr scharfes Messer oder ein kleines Seitengewehr. Eine kleine Stichwunde befindet sich in der rechten Handfläche unterhalb der Wurzel des rechten Zeigefingers. Dies läßt darauf schließen, daß der Getötete Gegenwehr geleistet hat. An der linken Seite des Kopfes oberhalb des Ohres ist ein Messerschlag eingedrungen, aber in der Muskulatur des Halses geblieben. Das Geschloß hat 6 Millimeter Durchmesser und ist 12 Millimeter lang, an der Spitze abgesetzt. Der untere Teil des Geschloßes ist höhl. Der Schuß muß aus einiger Entfernung abgegeben worden sein, da die Einschußstelle keine besonderen Merkmale aufweist.

Letzte Nachrichten.

Wiesbaden, 8. Dez. Der gestrige Landespartei-tag der fortschrittlichen Volkspartei für Nassau, der trotz der unmittelsbar bevorstehenden feindlichen Besetzung eines großen Teiles unseres Bezirkes außerordentlich stark besucht war, hat folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Landespartei-tag der „Fortschrittlichen Volkspartei für Nassau“ begrüßt fröhlich die Erhebung der „Deutschen demokratischen Partei“ und empfiehlt den volksparteilichen Organisationen in Nassau geschlossenes Aufgehen in die neue Partei. Ebenso einmütig wendet sich der Parteitag gegen die Aufnahme national-liberaler oder anderer rechtsstehender Organisationen, weil er der festen Überzeugung ist, daß damit die Werbestraft und die Aktionsfähigkeit unserer Partei gelähmt wird. Keinem, der aufrichtig und überzeugt auf dem Boden der Demokratie steht, soll der Eintritt in die Partei verweigert sein. In die Leitung der Organisationen dürfen aber nur Männer und Frauen gewählt werden, die schon bisher demokratische Grundsätze betätigt haben.“

Koblenz, 7. Dezbr. Einige noch hier verbliebene Regimenter der 76 Reserve-Division sind nachmittags als letzter Verband über den Rhein gezogen. Oberbürgermeister Clossmann hielt eine Ansprache, in der er den Truppen für treues und tapferes Aushalten dankte. Generalmajor Quast sprach den Dank der Division für die schönen Tage in Koblenz aus. Unbekannt, in dem Bewußtsein, ihre Schuldigkeit getan zu haben, gingen die Truppen über den Rhein, um auch fernherhin dazu beizutragen, daß geordnete Verhältnisse eintreten. Gleich nach dem Abmarsch rückten amerikanische Truppen in die Stadt ein.

Köln, 8. Dezbr. (W. N.) Die umfangreichen Gebäude der Werkbunhausbauausstellung in Köln-Deutz brennen zum größten Teil seit 1 Uhr nachmittags. Die Feuerwehr ist machtlos. Die Brandursache ist bisher unbekannt.

Mannheim, 9. Dezbr. In der Refektorstadt wurde gestern beim Diebstahl von Militärgut der bisherige Feldwebel Michael Jod aus Niederlehnbach von Leuten des Sicherheitsdienstes erschossen.

Paris, 7. Dezember. (W. N.) Gnas-Melung. Gestern Abend stieß der Schnellzug nach Orleans beim Bahnhof von Meun-sur-Seine mit einem amerikanischen Güterzug zusammen. Vier Wagen wurden zerschmettert. Es wurden 10 Tote und 25 Verletzte festgestellt. Unter den Trümmern liegen noch Leichen.

Umtliche Bekanntmachungen der Stadt Weilburg.

Mehrere militärische Formationen, die auf ein Tag Quartier angesagt und bezogen haben, sind angeblich aus nicht voraus zu erwartenden Gründen, mehrere Tage länger in ihren Quartieren geblieben, ohne daß dies hier zur Meldung gebracht wurde, so daß in einzelnen Quartieren eine doppelte Zuweisung erfolgt ist.

Diejenigen Quartiergeber, bei denen die einquartierten Militärpersonen länger als auf dem Quartierschein angegeben verbleiben, wollen sofort den Quartierschein zur Verlängerung hier vorlegen, damit es möglich ist, auch jedes Quartier auszunutzen.

Wiesbaden ist festgestellt, daß die Quartierscheine unbefugt und eigenmächtig geändert wurden, sowohl in der Anzahl der Militärpersonen, sowie der Quartiergeber.

Es steht dies eine Urkundenfälschung dar und kann mit hoher Gefängnisstrafe belegt werden. Weilburg, den 9. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Auf Bezugsabschnitt 20 geben wir heute Marmelade (anstatt Kunsthonig)

ab. Einheit 1/2 Pfund = 75 Pfg. und ist solche in allen Kolonialwarengeschäften zu haben.

Sollten die Abschnitte noch nicht alle abgetrennt, so werden die Geschäftsinhaber ersucht, solches nach-zuholen.

Die Abgabe von Kunsthonig erfolgt im Laufe der Woche nach Ausgabe der neuen Lebensmittellisten auf Bezugsabschnitt 1.

Stadt. Lebensmittelstelle.

Heute Montag, 9. Dezember, von nachm. 3—6 Uhr, geben wir im südlichen Rathaussaale

Speisefett

Einheit 28 Pfg.

an hiesige Familien unter Vorlage der Fettkarten ab, und zwar von

3—4 Uhr Nr. 1—300,

4—5 „ Nr. 301—600,

5—6 „ Nr. 601 bis Schluß.

Die Reihenfolge muß genau eingehalten werden, es wird außer der Reihe nichts verbasolt.

Wegen Mangel an Kleingeld wird dringend ersucht, die Beträge abgezählt bereit zu halten.

Weilburg, den 9. Dezember 1918.

Der Magistrat. Stadt. Lebensmittelstelle.

Heute nachmittag 5 Uhr geben wir bei Chr. Bremer

Pferdefleisch

ab. Kleines Geld ist mitzubringen.

Weilburg, den 9. Dezember 1918.

Die Fleischverteilungsstelle.

Pferde-Versteigerung.

Mittwoch, den 11., Donnerstag, den 12., Freitag, den 13., und voll. Samstag, den 14. Dezember 1918, jedesmal von 9 Uhr vormittags ab, werden täglich ca.

150 überzählige Dienstpferde

gegen Barzahlung versteigert. Die Versteigerung findet auf dem Kasernhof der alten Kaserne (früher Offizier-Gefangenenlager) zu Weilburg a. Lahn statt. Händler werden nicht zugelassen. Jeder Käufer muß eine Pferdekarte oder Ausweis der betr. Bürgermeisterei vorlegen, daß er berechtigt ist, Pferde zu kaufen.

2. Ers.-Abt. 1. Nass. feldart.-Regt Nr. 27
i. Jt. Weilburg a. Lahn.

Für den Betrieb des Kreisviehkörper-Verwertungs-Anstalt auf Guntersau wird auf sofort ein

tüchtiger Maschinist

gesucht. Bewerbungen mit Zeugnissen und Gehaltsan-sprüchen werden umgehend erbeten an

Landratsamt Weilburg.

Bauernräte!

Am **Dienstag, den 10. Dezember** nachmittags 4 Uhr, findet in **Weilburg** im Lokal **Chr. Kramer** ein Vortrag des **Dr. Horny** vom geschäftsführenden Ausschuss des **Nassauischen Landes-Bauernrats** über „Die neue Organisation der Nassauischen Landbevölkerung, Bauernräte, Kreisbauernräte und Nassauischer Landes-Bauernrat und deren Zusammenwirken mit den Arbeiterorganisationen“ statt. Zahlreicher Besuch der Versammlung, insbesondere durch die Bauernräte, ist im eigenen Interesse der landwirtschaftlichen Bevölkerung dringend erwünscht. Jedermann hat freien Zutritt!

Die **Schreiner, Buchbinder, Maler, Wagenbauer, Tapezierer** des Kreises können die Anmeldebüchlein für ihren Heimbedarf der Monate **Januar, Februar, März 1918** bei mir abholen. Dieselben müssen spätestens bis **20. Dezember** ausgefüllt bei mir eingereicht sein.

Bund der Bezugsvereinigungen Deutscher Gewerbebezüge, Ortsstelle Weilburg:
E. Schäfer.

Die Geschäftsstellen der Kreisverbände für Handwerk und Gewerbe

erteilen Rat und Auskunft und gewähren Beistand in allen wirtschaftlichen, technischen, rechtlichen u. sozialen Angelegenheiten für Handwerk u. Gewerbe, insbesondere auch in der Rohstoff-, Arbeits- und Kreditbeschaffung, Hilfsdienstpflicht, Kriegsbeschädigten- u. Hinterbliebenen-Fürsorge u. a.

Benutzung für jedermann, für Mitglieder gebührenfrei.
Geschäftsstelle in Weilburg

beim Vorsitzenden Schneidermeister **Emil Schäfer**.
Geöffnet tägl. von 8-12 Uhr vorm. u. 3-6 Uhr nachm.

„Deutsche demokratische Partei für den Oberlahnkreis.“

Am **Dienstag, den 10. Dezember**, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet im „**Lord**“ eine

Mitglieder-Versammlung

statt, Referat: „Der Landes-Parteitag in Wiesbaden“, zu der wir unsere Mitglieder, insbesondere auch die Frauen, einladen.

Der Vorstand.

Apollo-Theater.

(Lichtspiele.)

Limburgerstr. 6. **Limburgerstr. 6.**
Heute und folgende Tage nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr Vorstellung.

Sein Todfeind. Abenteuer eines jungen Diplomaten.
20 Minuten Aufenthalt. Aufspiel in 2 Akten.

Aus dem Felde zurück, bringe ich hiermit mein

Geschäft

in Erinnerung, und bitte um geneigten Zuspruch.
Rudolf Müller, Tapezier- u. Polstermeister.
Hindenburgstraße Nr. 29.

Für kranke und schwache Personen.

Französische Bordeaux- u. Burgunderweine

garantiert naturrein, unverschnitten aus den Jahrgängen 1900-1904 und 1906er, echt französisches Gewächs.
H. Nickel, Hindenburgstrasse 21, Weilburg a. Lahn.

Waldsägen und Aerte

empfehlen

Eisenhandlung Zilliken. Weilburg.

2-3 Zimmerwohnung

mit Küche für sofort zu mieten gesucht. Offert mit Preisang. a. d. Btg. u. 100 St.

Möglichst sofort

Landhaus

ca. 8 Zimmer mit großem Garten u. ca. 10-20 Morgen Acker und Wiesen von Selbstreflektant zu mieten gesucht. Späterer Ankauf nicht ausgeschlossen. Die Befähigung muß sich zu Gütigkeit und Kleintierzucht eignen. Eventuelles lebendes und totes Inventar wird übernommen. Ausführliche Off. mit Anschrift u. F. H. 2005 an d. Geschäft.

Gut erhaltene Nähmaschine zu verkaufen.

Limburgerstr. 14.

Das Einrahmen

von Bildern wird schnell und sachgemäß ausgeführt. Bilderleisten vorrätig. Weihnachtsaufträge erbitte frühzeitig.

A. Thilo Nachf.

Siegellack

vorrätig

Buchhandlung G. Zipper & M. I. G.

Todes-Anzeige.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, gestern morgen 10 $\frac{1}{2}$ Uhr meine liebe Gattin, unsere liebe treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter und Tante

Johannette Meurer

geb. Später

nach kurzem Kranksein im Alter von 71 Jahren in ein besseres Jenseits abzurufen. Wir machen Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die schmerzliche Mitteilung und bitten um stille Teilnahme.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
D. Meurer, Posthalter.

Weilburg, den 9. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet **Dienstag, 10. Dezember**, nachmittags 3 Uhr, vom Sterbehause, Frankfurterstrasse 5, aus statt. Von Trauerbesuchen und Blumenspenden bittet man Abstand zu nehmen.

Todes-Anzeige.

Heute mittag 1 $\frac{1}{4}$ Uhr verschied sanft nach langen, mutig ertragenen Leiden im hiesigen Hospital meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Emma Ottmann

geb. Becker

im Alter von 61 $\frac{1}{4}$ Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Prof. Ottmann und Kinder.

Weilburg, den 8. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet **Mittwoch, 11. Dezember**, nachmittags 2 Uhr, von der Kirchhofskapelle aus statt.

Altes Monatsmädchen

für den ganzen Tag gesucht. Zu erfr. i. d. Geschäftsst. u. 2008

Junggeselle

in den 40er Jahren mit Vermögen sucht eine Lebensgefährtin. Witwe mit zwei Kindern nicht ausgeschlossen. Off. unter J. 2007 an die Geschäftsst. des Blattes erbeten.

Junge

welcher Lust hat die Bäckerei zu erlernen, kann in die Lehre treten.

Karl Haas, Viehcn. Gleichstraße

Ein Pferdepfleger

gesucht. **Julius Galtstadt, Jöhberg.**

Mittleres Zimmer

möglichst mit Pension für sofort zu mieten gesucht. Angeb. u. W. 2006 a. d. Geschäftsst.

Nassauer,

werbet für die **Deutsche demokratische Partei**

Wir fordern:

1. Einen freien Volksstaat und bekämpfen jede Gegenrevolution von unten und oben.
2. Sofortige Wahlen zur **Nationalversammlung** nach dem gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahl für alle großjährigen Volksgenossen beiderlei Geschlechts.
3. Energische Fortführung der sozialen Gesetzgebung, Sicherung des Koalitionsrechtes aller Stände, Maßnahmen zum Neuaufbau unserer Wirtschaft, Schaffung von Bauernland durch Aufteilung von Domänen und geeigneter großer Güter.
4. Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung des Eigentums, glatte Erledigung der Verwaltungsgeschäfte in Reich, Staat und Gemeinde und vor allem

Frieden, Arbeit und Brot!

Anmeldungen zur Deutschen demokratischen Partei erfolgen bei dem Ortsverein oder bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes in **Wiesbaden, Bismarckstraße 10.**

Eingetroffen:

ein großer **Posten Kerzen** und prima schwarze Schuherem „**Erda**“.
Erkes Weilburger Konsumhaus.

Pfennhölle Weilburg. (Landwirtschaftsschule.)
Borausichtliche Witterung für **Dienstag, 10. Dezember**. Keine wesentliche Witterungsänderung.

Lüchtige Holzfuhrleute

suchen

Gebrüder Cloos, Weklar.